Antrag A1 jetzt #neuverteilen – es geht ums Ganze!

Antragssteller*in: Kreisvorstand DIE LINKE. München

Zum politischen Kern der Kampagne

Die Folgen der Corona-Pandemie werden uns über Jahre beschäftigen. Ob Firmen- oder Standortschließungen, wegbrechende Auftragslagen, Kurzarbeit und Einkommensverluste bis zum Totalausfall - die Krise ist eine wirtschaftliche und soziale Krise. Die städtische Landschaft verändert sich vor unseren Augen: Imbissbuden, Cafés und Clubs, Gemüse- und Buchläden, Orte für Kunst, Kultur und öffentliches Leben stehen vor dem Aus oder mussten bereits schließen. Die Stadt rechnet mit Verlusten in Milliardenhöhe. Verluste, die die treffen, die am wenigsten haben. Wie unter einer Lupe werden die sozialen Verwerfungen des Systems deutlicher sichtbar.

Denn zur Pandemiebekämpfung wurde vieles möglich. Doch für wen? Industrie und Kapital bekommen bedingungslose Staatshilfen, um weiter zu wirtschaften wie bisher. Für Unternehmensprofite werden Arbeitsrechte missachtet und eingeschränkt. Die IAA soll in München weiter stattfinden, dafür ist Geld da. Gleichzeitig wissen viele nicht, wie sie ihre Kinder betreuen oder ihre Monatsmiete bezahlen sollen. Wir sagen: Schluss mit dem Kuschelkurs mit Großunternehmen.

Aber die Pandemie hat gleichzeitig gezeigt, was wirklich wichtig ist: Eine gut ausgebaute Gesundheitsversorgung. Ein stabiles soziales Sicherungsnetz insbesondere für besonders gefährdete Gruppen. Und gute Löhne und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, ob in der Pflege oder Logistik, im Supermarkt oder in der Nahrungsmittelproduktion. Die Pandemie hat auch gezeigt, dass es immer noch ein starkes Missverhältnis bei der Verteilung von Beruf und Care – Arbeit gibt, oft zu Lasten der Frauen. Wir brauchen eine gesamtgesellschaftliche Steuerung zum Wohl von Allgemeinheit und Bedürftigen – demokratisch kontrolliert und mit Mitspracherechten in Politik und Betrieben.

Deswegen muss Schluss sein mit dem „Weiter so!“ Überhastete Sparmaßnahmen im öffentlichen Haushalt und Milliarden Geschenke an Großkonzerne sind keine Lösung, sondern tragen zur weiteren Verschärfung der Krise bei. Auch wenn sich soziale Ungerechtigkeiten in der Pandemie zuspitzen - prekäre Arbeitsverhältnisse, explodierende Mieten, schlecht ausgestattete Schulen oder ein kaputt gespartes Gesundheitssystem hat das Virus nicht erfunden. Sie sind Folge einer rigorosen Privatisierungs- und Sparpolitik auf Kosten der öffentlichen Grundversorgung zu Gunsten der Profite großer Unternehmen. Es ist höchste Zeit, diese Umverteilung von unten nach oben umzudrehen. Dies kann z.B. durch Einführung einer Vermögensabgabe auf Millionen- und Milliardenvermögen - vergleichbar mit dem Lastenausgleich nach dem 2. Weltkrieg - und durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer erreicht werden.

Jetzt #Neuverteilen! Die Stadt kann die Münchner Kliniken in die öffentliche Hand zurückführen und mit genügend Personal ausstatten. Sie kann Mietschulden erlassen, Erhaltungssatzungen ausdehnen und das städtische Vorkaufsrecht von Mietwohnungen konsequent durchführen. Sie kann Betreuungsplätze und digitale Hilfsmittel für sozial benachteiligte Kinder und Familien zur Verfügung stellen. Sie kann Wirtschaftshilfen an soziale und ökologische Bedingungen knüpfen. Und sie kann fehlende Verwaltungsstellen besetzen, um ihre Aufgaben zum Wohl der Allgemeinheit und der besonders Bedürftigen zu erfüllen.

Lasst uns dem Diktat des Sparens eine mutige und offene Politik für die Menschen entgegensetzen. Für eine Stadt für alle, die sich jeder leisten kann, eine Stadt ohne Existenzängste, eine Stadt der Solidarität und des schönen Lebens. Wir müssen jetzt **#Neuverteilen!** Damit der gesellschaftliche und private Reichtum allen zu Gute kommt – und nicht dem Profitinteresse einiger weniger!

Wie werden wir aktiv?

Die Kampagne wurde in den Gremien und mit den MandatsträgerInnen diskutiert, entwickelt und vorgestellt: Lasst sie uns mit Leben füllen. Zwar haben viele Münchnerinnen und Münchner zu Beginn der Krise ihre solidarische Hilfsbereitschaft gezeigt, doch musste der übergroße Teil der

Gesellschaft krisentypisch zunächst mit den Veränderungen zurecht kommen: Dem Gesundbleiben, dem Versorgen der Verwandtschaft, dem eigenen Tagesablauf.

Daher müssen wir raus, die Mitglieder in den Ortsverbänden und entstehenden Basisorganisationen gewinnen, die Menschen organisieren: Denn wir brauchen für unsere politischen Forderungen neue PartnerInnen – allein schaffen wir das nicht. Zur Corona-Pandemie haben sich Tausende potentieller PartnerInnen gefunden: Es ist der Nachbar, der den Aushang zur Unterstützung und zur Gründung einer Solidaritätsgruppe machte, während Adidas die Mietzahlung stoppen wollte, es ist die Verkäuferin, die Erzieherin und die Pflegekraft, die ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit für die Gesellschaft Dienst schoben, während Benko seine MitarbeiterInnen bei Karstadt und Kaufhof entließ, es sind die Menschen, die ihre Kontakte einschränkten, um die Ausbreitung der Krankheit zu stoppen, während Schlachtereien für den Profit Infektionsherde entfachten. Es sind die, die Suppenküchen organisierten für Wohnungslose, während der Haus- und Grundbesitzerverein in München gegen Mietschutz klagte, um die Mieten weiter ansteigen zu lassen.

Für diese Ansprache brauchen wir die Orte, wo die Menschen zu finden sind: Wenn in der Nachbarschaft die Mieten steigen, müssen wir dort sein. Wenn der Öffentliche Dienst in den Streik geht, solidarisieren wir uns. Wenn in die IAA die Gelder gepumpt werden, organisieren wir den Widerstand. Wenn an Sozialleistungen gekürzt werden soll, zeigen wir Gesicht!

Lasst uns also die Menschen organisieren, die in völliger Existenzangst angesichts der Krise leben. Lasst uns die Beschäftigten, die während der Krise beklatscht wurden, für die nun in der Tarifaueinansetzung im Öffentlichen Dienst kein Geld da sein soll, den Rücken stärken. Lasst uns an der Seite der Mieterinnen und Mieter stehen, die von steigenden Preisen auch in der Krise betroffen sind, weil dem Vermieter zu geringes Kurzarbeitergeld egal ist.

Lasst uns diese ansprechen, damit wir gemeinsam kämpfen und solidarisch und gestärkt aus der Krise kommen.

Unter anderem bedeutet das konkret:

- Die AG's, OV's und BO's nutzen das Material für Aktionen und Infostände...
 - o ...vor Wohngebieten, wo die Mieten steigen
 - o ...vor Krankenhäusern und Pflegeheimen
 - o ...vor Betrieben, in denen die Beschäftigten entlassen werden
- Der Kreisverband...
 - o ...unterstützt die Ortsverbände und Arbeitsgemeinschaften bei den Aktionen
 - o ...organisiert die Demos gegen die IAA und andere unsinnige Großprojekte
 - o ...organisiert bzw. stärkt Bündnisse, die sich für Umverteilung einsetzen, für Mietendeckelung, für die Pflege und Bildung
 - o ...führt Gespräche mit BetriebsrätInnen, Gewerkschaften und MieterInnen, wie sie in ihrer Arbeit unterstützt werden können. Sie stärkt die Beschäftigten in ihren Auseinandersetzungen.
 - o ...prüft Bürgerbegehren
- Die Mandatsträgerinnen und -träger
 - o ...wehren sich gegen Sparzwänge und Kürzungen und werden dagegen öffentlich aktiv
 - o ...setzen Anträge auf und begleitet diese medienwirksam, um der Gesellschaft deutlich zu machen, dass Sparen kein Zwang ist.

Beschlossen auf dem Kreisparteitag der DIE LINKE. München, am 3. Oktober 2020